

## LESERBRIEFE

Polizeireform

## Unverantwortlich

Die aktuelle Kriminalstatistik belegt für den Großraum Heidelberg einen dramatischen Anstieg der Kriminalität. Heidelberg belegt damit in Baden-Württemberg eine unrühmliche Spitzenposition. Offensichtlich hat diese Entwicklung im Gemeinderat bis auf die CDU keine Gruppierung auf dem „Schirm“. Möglicherweise gibt es ja noch wichtigere Themen als die Sicherheit der Bürger. Dieser stillen Akzeptanz der Stuttgarter Beschlüsse folgt jetzt ein in seiner Dreistigkeit nicht zu überbietendes Ergebnis.

Es ist davon auszugehen, dass auch Landespolitiker den Unterschied zwischen Intervention und Prävention kennen. Insofern reihen sich die Verlautbarungen grüner Landespolitiker aus der Region in Bezug auf eine Sicherheitspartnerschaft in die vorgenannte Bewertung ein. Vor dem Hintergrund der rasanten Entwicklung der Kriminalität in der hiesigen Region ist diese Entscheidung und Hinnahme durch die weit überwiegende Anzahl der gewählten Bürgervertreter unverantwortlich.

Hans-Willi Rößler, Heidelberg

Polizeireform

## Anders dargestellt

30 Polizisten für Heidelberg – vielleicht, vielleicht auch nicht? Auf den Wahlplakaten und in den Wahlkampfreden wurde einiges anders dargestellt! Zum Beispiel die CDU und das Sicherheitsgefühl. Auf einem Wahlplakat stand: „Damit aus dem Wort Sicherheit wieder ein Gefühl wird!“

Sollte Heidelberg die 30 Polizisten bekommen, könnten wahrscheinlich Überstunden und Urlaub bei dem Stammpersonal abgebaut werden, mehr aber nicht!

Hans-Jürgen Prior, Heidelberg

Polizeireform

## Eine Mogelpackung

Danke für den sehr zutreffenden Artikel zur Sicherheitspartnerschaft an Micha Hörnle. Darf ich als ehemaliger Polizeibeamter in Heidelberg dazu noch ergänzend einen kritischen Hinweis geben: Eine sogenannte Sicherheitspartnerschaft mit der gelegentlichen Abordnung von einem Zug (drei Gruppen à 9 Beamte plus drei Führungskräfte) der Bereitschaftspolizei (Bepo) ist doch eine „Mogelpackung“.

Die meist ortsunkundigen Beamten – teils noch in Ausbildung – bleiben der Bepo unterstellt und sind nur zur Dienstleistung beim Präsidium Mannheim zeitweise abgeordnet. Ihre Unterbringung ist nicht Heidelberg, weshalb zur täglichen Dienstausbildung zunächst lange Anfahrtszeiten eingerechnet werden müssen. Ihr Einsatzgebiet regelt Mannheim. Bei drei Innenstadtrevierern mit je fünf Dienstgruppen würden 30 Beamte ein Revier mit gerade einmal einer Streifenbesatzung verstärken. Für den Rhein-Neckar-Kreis also ohne Entlastung.

Die Bepo-Beamten würden auf ihren Streifenfahrten versuchen, verdächtige Straftäter mit ihren Straftaten im ersten Angriff auf frischer Tat aufzugreifen beziehungsweise zu ermitteln. Die später notwendigen meist zeitraubenden Nachermittlungen, Spurensicherungen, Anzeigebearbeitungen und -vorlagen müssen nach Abzug der Bepo-Leute von den zurückbleibenden bereits überlasteten Beamten erledigt werden. Sie werden damit an den Schreibtisch gebunden und der Präsenzeffekt verpufft. Das ist keine Lösung.

Dieter Berberich, Heidelberg

Polizeireform und Landtagsabgeordnete

## Note: 6

Es ist eine jämmerliche Leistung welche die beiden Landtagsabgeordneten der Grünen, Sckerl und Katzenstein, für unsere Region abgeliefert haben. Uli Sckerl entpuppt sich in seiner Argumentation gegen eine verbesserte Polizeipräsenz in Heidelberg und Umgebung als wahrer Rechenkünstler. Die Rechenleistung ist allerdings dermaßen schwach, dass es nur eine glatte 6,0 dafür geben kann.

Hermine Katzenstein steht seinem Parteikollegen mit seinem Halbwissen – und damit der Unterstützung der Kommunen in der Flüchtlingsfrage – kaum nach. Man kann nur hoffen, dass dieses Unvermögen bei der nächsten Landtagswahl wieder zum Thema wird. Auch wenn bis dahin noch viel Zeit vergeht. Verdient hätten es Sckerl und Katzenstein auf alle Fälle.

Ralf Kuhn, Sandhausen



Um das Sicherheitsgefühl der Bürger zu stärken, liefen im Herbst 2016 wochenlang bis zu zwölf zusätzliche Beamte der Bereitschaftspolizei durch Heidelberg – auch in der Schwanenteichanlage in Bergheim. Wie viele zusätzliche Polizisten die versprochene Sicherheitspartnerschaft in die Stadt bringt, ist noch völlig unklar. Archivfoto: Philipp Rothe

Körperwelten: Interview mit Prof. Kirsch

## Menschen mit Würde

In der bisherigen Diskussion zur Nutzung des alten Hallenbades wurde zu wenig von der Würde des Menschen und der relativen Wertlosigkeit der Plastinate für die Wissenschaft gesprochen. Das hat jetzt der Anatom Prof. Kirsch sehr eindrucksvoll nachgeholt. Dafür herzlichen Dank ihm und dem Leiter der Stadtdredaktion. Plastinate und Ausstellungsobjekte werden jetzt wieder das, was sie waren und sind: verstorbene Menschen – Menschen mit Würde und mit Namen. Dies wurde im bisherigen Diskurs zwischen Ausstellungsmachern, Vermieter und meiner Meinung nach vor allem von den Verantwortlichen in unserer Stadt und im Stadtrat auf der Grundlage des Artikels 1 des Grundgesetzes zu wenig ge- und beachtet.

Dr. Jürgen W. Schaefer, Heidelberg

Körperwelten: Interview mit Prof. Kirsch

## Es ist Kitsch

Herrn Prof. Kirsch ist sehr zu danken für seine Stellungnahme zur Ausstellung von plastinierten menschlichen Körpern. Er macht eine klare Unterscheidung zwischen der nützlichen Verwendung von Plastinaten als Ergänzung im medizinischen Unterricht und der Zurschaufstellung von plastinierten Körpern in diesen exaltierten Posen im öffentlichen Raum, denen jegliche aufklärende Funktion fehlt. Der Vorschlag, Herrn Gunther von Hagens als Künstler zu bezeichnen, liegt nahe, schon wegen seiner Beuys-Imitation mit dem ständigen Tragen eines Hutes.

Doch steht dem zum einen entgegen, dass Künstler ihre Werke nicht wie hier primär aus pekuniärem Interesse produzieren, und zum anderen, dass Kunstwerke einen eigenständigen Erkenntniswert besitzen, der diesen Plastinaten in ihrer berechneten Gefühlsverlogenheit ohne ästhetischen Sinnzusammenhang abgeht.

Eine korrekte Bezeichnung für derartige Produkte wäre daher „Kitsch“, sie wären dann gewissermaßen die „röhrenden Hirsche“ der Anatomie.

Prof. Dr. Horst Seller, Heidelberg

Körperwelten

## Gesetze nachbessern

So viel ist klar: Auch der medizinische Laie hat ein berechtigtes Interesse an anatomischer Aufklärung. Eine sachlich angemessene anatomische Aufklärung des Laienpublikums bedarf aber nicht der Verwendung von Leichen. Eine Präsentation von Plastinatnachbildungen aus möglichst umweltschonendem, nicht menschlichem Material oder eine Foto-/Filmpräsentation der Plastinate in Originalgröße hätte ebenso einen ausreichenden Informationswert, könnte kopiert und die Zahl der Plastinatoriginale auf ein Minimum beschränkt werden. Eine Zahl von über 16 000 potenziellen Körperspendern, die den Bedarf weit überschreitet, droht die Plastination zu einem Massenphänomen werden zu lassen und die Bestattungspflicht auszuhebeln.

Das Bestattungsprinzip und die Menschenwürde gebieten eine Reduktion auf das tatsächlich Notwendige. Denn es gibt

nicht nur die individuelle Menschenwürde wie die der Körperspender, sondern auch eine generelle, aus der allein sich die individuelle ableitet und die nicht vom Spenderwillen abhängig ist! Und genau diese generelle Würde des Wesens und der Gattung Mensch wird durch beleidigende, verhöhnende und unsachlich verzerrende Leichenschauen wie Gunther von Hagens' Körperwelten, angetastet und verletzt. Um solche Miss-handlungen des höchsten Rechtsguts unserer Verfassung auszuschließen, bedarf es einer entsprechenden Nachbesserung der Bestattungsgesetze. Die Stadt Heidelberg muss diese Forderung an die Landesregierung herantragen, wenn sie nicht Opfer von Interessengruppen werden will, die skrupellos eine Gesetzeslücke ausnutzen.

Dr. Christoph Voß, Heidelberg

Varianten der Neckarbrücke

## Sehr schade

Wenn der Oberbürgermeister im Gemeinderat berichtet: „Das Amt für Neckar Ausbau hat uns mitgeteilt, dass es keine Möglichkeit der Beteiligung der Stadt am neuen Wehr mehr gibt“, dann entfällt nun eine eventuell vorteilhafte Variante der Rad- und Fußgänger Verbindung zwischen Bergheim und Neuenheim. Die Stadtspitze wurde vor vielen Monaten von mehreren Bürgerinnen und Bürgern auf diese Möglichkeit hingewiesen. Mein Eindruck: Man hat diese Variante nicht gewollt, sie deshalb nicht gründlich untersucht und die Fristen für eine kooperative Planung mit dem Amt für Neckar Ausbau bewusst verstreichen lassen. Sehr schade.

Wolfgang Weber, Heidelberg

Umzug des Karlstorbahnhofs

## Nicht schon wieder

Bevor der Karlstorbahnhof am 8. Dezember 1995 eingeweiht wurde, gab es heftige inhaltliche und finanzielle Diskussionen, die wir als Stadträtinnen miterlebt und mitgestaltet haben. Die finanziellen Debatten hatten zur Folge, dass der Umbau von auf sieben Millionen Mark veranschlagten Kosten auf vier Millionen abgespeckt wurde. Mit diesen Folgen (Auswirkung auf die Hauptbühne, mangelnde Isolierung und keine Möglichkeit für parallele Veranstaltungen etc.) hat sich der Karlstorbahnhof seither rumschlagen müssen, was sich auch auf die Einnahmeseite auswirkte und stetige bauliche Nachbesserungen zur Folge hatte, die immer wieder zu ermüdenden Debatten im Gemeinderat über die finanzielle Lage des Karlstorbahnhofs führten. Trotzdem machte sich das städtische Kulturhaus einen Namen über Heidelberg hinaus und wurde mehrfach ausgezeichnet.

Durch diese Erfolge platzte der Karlstorbahnhof aus allen Nähten und man lockte ihn in die Südstadt mit Versprechungen, die nun offensichtlich nicht eingehalten werden können. Der Gemeinderat sollte die Fehler von damals nicht wiederholen. Wenn man schon glaubt, dass ein Umzug nötig ist, dann sollte man den Karlstorbahnhof auch jetzt funktionstüchtig und angemessen ausstatten und nicht wegen zwei Millionen Euro die Fehler von damals wiederholen.

Dorothea Paschen und Dr. Annette Trabold, Altstadträtinnen

Schlossfestspiele: „Glückliche Zeiten“

## Wie beim Laientheater

Nachdem wir das Stück „Glückliche Zeiten“ gesehen haben, fragen wir uns, wieso ein RNZ-Kritiker diese Inszenierung auch noch lobt. Wie bei einem Laientheater werden fast alle Dialoge in großer Lautstärke geführt, unentwegt schreit jemand unmotiviert, und die normal gesprochenen Passagen lassen sich an einer Hand abzählen. Und warum müssen die Schauspieler bei jedem Auftritt die Bühne in wilden Sprüngen betreten und ohne szenische Notwendigkeit danach drei Runden um den Brunnen in der Mitte rennen? Leider hatten wir keine Gelegenheit, diesen Klamauk vorzeitig zu verlassen – es gab keine Pause. Schade um die Zeit und das Geld. Aus dem Drehbuch könnte eine mit ruhiger Hand geführte Regie sicher einen unterhaltsamen Abend gestalten.

Doris und Günther Weist, Heidelberg

Prioritäten bei Straßenbauprojekten

## Nicht nur Großprojekte

Der Beginn der Großbaustelle am nördlichen Bahnhofsvorplatz wird um ein Jahr verschoben, wie die Rhein-Neckar-Zeitung schreibt. Wir Freien Wähler hatten zusammen mit anderen Fraktionen gegen diese Maßnahme gestimmt. Im Hinblick auf die zahlreichen Großprojekte schien uns dieser Plan nicht dringender erforderlich. Unser Hauptkritikpunkt: Eine Fahrbahn für den Indivi-



Der reinste Flickenteppich: So sieht die Maaßstraße in Wieblingen aus. Doch die Reparatur wird immer wieder verschoben. Foto: privat

dualverkehr fällt weg. Nun zeigt sich, dass die Kostenvorstellungen offenbar etwas von Wunschenken geprägt waren. Wie soll man sonst erklären, dass es nur einen Bieter bei der Ausschreibung gab und dass dessen Kostenvorschlag wohl realistisch 50 Prozent über der Vorgabe der Stadt – nämlich 20,2 Millionen – lag?

Dagegen steht ein anderes Straßenerneuerungsprojekt, nämlich die Maaßstraße in Wieblingen zwischen Thaddeusplatz und OEG. Die Notwendigkeit der Reparatur wurde schon 2014 festgestellt. 2016 wurden 450 000 Euro im Rahmen eines Sonderprogrammes genehmigt. Jetzt wurde der Stadtteil auf Baubeginn im Jahr 2019 vertröstet. Ich empfehle, die Holperpiste einmal mit dem Fahrrad zu erproben.

Ich bitte im Namen aller Wieblingler, hier den Zeitplan zu korrigieren wie ursprünglich geplant. Die Stadt sollte nicht Großprojekte ohne Ende angehen und die täglichen Bedürfnisse der Bürger hinten anstellen.

Dr. Ursula Lorenz, Altstadträtin

Diskussion über Religion und Gewalt

## Hitler sah sich als Christ

Als Gegenkraft gegen Krieg sei „Religion die Lösung, nicht das Problem. Die Alternative seien Stalin, Hitler, Pol Pot“. Da ist er also wieder, der gottlose Nationalsozialismus mit seinem atheistischen Führer Adolf Hitler. Man mag es Altbischof Wolfgang Huber nachsehen, dass er dies als befangener Christ so sehen will.

Wahr ist diese Behauptung nicht. Im Gegenteil. Hitler war ein gottesfürchtiger Katholik, was er nicht nur in den christlichen Motiven seiner Malerei, sondern auch in „Mein Kampf“ und seinen Reden von 1921 bis 1945 kontinuierlich und deutlich zum Ausdruck bringt. Hitler verehrte (wie auch Goebbels) einen „arischen“ Jesus Christus und war selbstverständlich (wenn auch in seiner eigenen Art) ein Christ – nicht im Sinne der Bergpredigt, aber sehr wohl im Sinne der Tempelreinigung (Joh 2, 15), auf die er sich in seinen Reden mehrfach berief.

Getragen wurde der Nationalsozialismus von einer durch und durch christlichen Gesellschaft, die zu mehr als 95 Prozent in den beiden Großkirchen organisiert war. „Gewalt im Namen Gottes“, so zeigt es die Geschichte, ist eines der Probleme, das zu Kriegen führen kann. Als Beispiel für religiös motivierte Gewalt sei hier die im Christentum verankerte Judenfeindschaft als Voraussetzung für die Katastrophe des Holocausts genannt. Im katholischen Lexikon der Religionen liest man hierzu richtigerweise: „Ohne die nahezu 2000 Jahre christliche Judenfeindschaft wäre Auschwitz nicht möglich gewesen.“

Auch der in der Lutherdekade gefeierte Reformator hat dazu mit seinen jüdenhetzerischen Schriften einen vorbereitenden und verheerenden Beitrag geleistet! Die Diskutanten haben es dann auch tatsächlich geschafft, vor dem lebensgroßen Bild Martin Luthers dessen verbale Gewalt gegen Juden, Bauern, Muslime und Behinderte komplett auszublenden. Bravo!

Reinhold Schlotz, Ladenburg

Städtischer Kampf gegen „To Go“-Becher

Ihre Zweifel sind berechtigt, so wird man es nicht lösen mit den Maßnahmen, die man sich bisher ausgedacht hat.

Die beste Ökobilanz hat ein (Einweg-)Becher, der wiederverwertbar ist. Die heute verwendeten ToGo Becher sind es nicht, weil Karton und Kunststoff fest miteinander verbunden sind. Der Ärger, mit dem sich die Abfallwirtschaft herumschlägt, ist sofort aus der Welt, wenn die beiden Materialien (leicht) voneinander trennbar sind. Die Abfallsortierer erkennen dann Karton und Kunststoff als das, was sie sind: Wertstoffe für den eingespielten Kreislauf. Unsere Papierindustrie hat den in hundert fündig Jahren perfektioniert und bei Kunststoffen hat sich für PET (Flaschen) ein vorbildliches Modell etabliert. Davon ließe sich einiges lernen für die anderen Kunststoffe – sobald sie etabliert sind. Ohne Pfand ginge es freilich nicht, wie bei PET. Aber wenn das mit etwas Witz an die Kaffeetrinker herangetragen wird, werden die mitmachen. Sie wissen längst, dass es so nicht weitergeht, genauso wie die Kaffeeverkäufer. Schließlich ist Mülltrennung längst selbstverständlich.

Werner Wilke, Heidelberg

Besuch von Prinz William und Herzogin Kate

## Wo ist der Mehrwert?

Es irritiert mich zu lesen, dass seit Wochen wohl mehrere Personen im Rathaus und vielen anderen Stellen viel Zeit und vermutlich noch mehr Geld aufwenden, um einen mittlerweile immerhin noch knapp vierstündigen Termin des britischen Prinzenpaares perfekt zu gestalten. Vielleicht ja sogar mit Kindern – wow! Schön für sie und sicherlich auch schön und spannend für den Heidelberger Regattaverband, dass Kate und William vielleicht gemeinsam oder aber alleine in einem Boot (welch spannendes Geheimnis, kann mich kaum halten vor Aufregung) auf dem Neckar rudern werden.

„Eine Mammutaufgabe für die Polizei“. Ja, das wird es wohl sein. Und für all die anderen Personen auch, die alles abschotten und für Sicherheit sorgen werden. Mag sein, dass ich den Mehrwert solcher unglaublich teuren, dekadenten und elitären Events für eine Stadt, eine Region und ganz Deutschland nicht erfassen kann. Aber sie besuchen ja auch ein paar Straßenkinder und nehmen ein Bad in der Masse – wie schön! Verzeihung, aber ich muss mich – auch stellvertretend für alle Menschen, die immer von Armut und Ausgrenzung betroffen sind – schnell mal übergeben.

Anja Dorsch, Heidelberg